

Zum Umgang mit dem Beschluss der 1. Außerordentlichen Tagung des 3. Landesparteitages

Die 1. Außerordentliche Tagung des 3. Landesparteitages fasste folgenden Beschluss:

Für Mindestlöhne, für gute Bildung, für lebensfähige Kommunen – mit aller Kraft für unser Land

Der Landesverband DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern wird in den kommenden fünf Jahren eine konsequente außerparlamentarische und parlamentarische Oppositionsarbeit leisten. Grundlage dafür ist das am 9. April 2011 beschlossene Landeswahlprogramm mit seinen Schlüsselvorhaben.

Der Landesvorstand wird beauftragt, umgehend eine Volksinitiative zur Durchsetzung eines Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde bei öffentlichen Aufträgen vorzubereiten. Darüber hinaus werden wir außerparlamentarische und parlamentarische Initiativen einleiten, um auf der Basis des 10-Punkte-Sofortprogramms einen echten Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Diese 10 Punkte sind:

1. Erarbeitung der Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2012/2013 mit der Priorität Bildung; dazu gehört u. a. die Einführung einer Haushaltskennziffer „Bildungsquote“
2. Aufnahme der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über einen Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen zur grundlegenden Neugestaltung der Finanzbeziehungen und anschließender Novelle des Finanzausgleichsgesetzes
3. Soforthilfe für die Theater und Orchester
4. das Landesvergabegesetz mit dem Ziel zu novellieren, dass öffentliche Aufträge nur zu Mindestlohnbedingungen von 10 Euro pro Stunde vergeben werden
5. Ausarbeitung und Diskussion eines Programms „MV hat Zukunft: Fachkräfte sichern und sozialen Zusammenhalt fördern“
6. sozial-ökologischen Umbau meistern: Überarbeitung der energiepolitischen Leitlinien des Landes und Vorbereitung eines Darlehensfonds für sozial-ökologische Innovationen
7. Verhandlungen mit dem Bund einleiten zur Übernahme ehemals volkseigener Flächen in das Eigentum des Landes MV
8. Landeskonzessionsprogramm erarbeiten als präventive Strategie zu bevorstehenden Standortschließungen der Bundeswehr
9. Bundesratsinitiative zur Angleichung der Renten in Ost und West
10. Bundesratsinitiative für die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens

Umgang:

1. Der Beschluss wurde der Landtagsfraktion übermittelt. Diese befasste sich bereits auf ihren ersten Sitzungen mit diesen Punkten und wird entsprechend parlamentarisch aktiv.
 2. Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU und Beschlussfassung über den Koalitionsvertrag 2011-2016 wird eine entsprechende Volksinitiative initiiert.
- Verantwortlich für LV: Landesvorsitzender, Landesschatzmeisterin und Landesgeschäftsführer

Für den Beschluss gilt:

Seit dem 26.09.2011 steht der Beschluss im Internet zum Download bereit und wurde am gleichen Tag direkt an alle Gliederungen der Partei übermittelt.